



2019/31 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2019/31/von-wegen-fuer-die-frau>

Manipulation von Schwangeren

Von wegen für die Frau

Von **Kirsten Achtelik**

Wer in Deutschland abtreiben will, ist dazu verpflichtet, sich vorher beraten zu lassen. Abtreibungsgegner führen Schwangere mit Pseudo-Beratungsstellen hinters Licht.

Ungewollt Schwangeren, die die Schwangerschaft beenden wollen, werden in Deutschland viele unnötige Hürden in den Weg gelegt: Der Paragraph 218 des Strafgesetzbuchs lässt Abtreibungen nur in Ausnahmefällen, bei medizinischen Indikationen oder nach Zwangsberatung und Reflektionszeit zu; Ärztinnen und Ärzten ist es auch nach der Reform des Paragraphen 219a verboten, im Internet über die von ihnen angebotenen Abbruchmethoden zu informieren.

In einigen Städten, auch in größeren, gibt es mittlerweile niemanden mehr, die oder der überhaupt Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Doch die »Lebensschutzbewegung« tut ihr Möglichstes, diese schwierigen Bedingungen weiter zu verschlechtern, beispielsweise mit Anzeigen gegen Ärztinnen, der Diffamierung von gesundheitspolitisch Aktiven als »Abtreibungslobby« und mit eigenen »Beratungsstellen«. In Berlin hat Anfang Juli eine solche »Beratungsstelle« eines Vereins namens »Pro Femina« eröffnet, die laut Eigenbeschreibung ungewollt Schwangere nach »den drei Grundprinzipien: Empathie, Respekt und Vertrauen« berät.

Tatsächlich scheinen die drei Prinzipien nach Recherchen des Portals BuzzFeed eher Manipulation, Wecken von Schuldgefühlen und Verschweigen zu sein: Ratsuchende Frauen halten die Beratungsstellen von Pro Femina für einen Teil des staatlich anerkannten Beratungssystems. Die suchmaschinenoptimierte Website bemüht sich nicht, diesen Irrtum aufzuklären; auch in der Beratung wird nicht oder erst spät darüber informiert, dass die »Beratungsstelle« gar keine Beratungsscheine ausstellt. Diese sind im deutschen System aber nötig, um einen straffreien Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu können – und für viele Schwangere ist das der einzige Grund, überhaupt eine Beratungsstelle aufsuchen.

Gefahr der Manipulation

Staatlich anerkannte Beratungsstellen sind verpflichtet, ergebnisoffen zu beraten, gleichzeitig soll die Beratung aber »dem Schutz des ungeborenen Lebens« dienen. Viele Beraterinnen empfinden das als Zielkonflikt und die staatlich anerkannten Beratungsstellen setzen hier deutlich unterschiedliche Schwerpunkte. Die Beraterinnen bei Pro Femina arbeiten dagegen gezielt auf das Ergebnis hin, dass alle Beratenen die Schwangerschaft nicht abbrechen.

Zu diesem Zweck wird den Schwangeren beispielsweise Geld und Unterstützung nach der Geburt angeboten, während die Gefahren einer Abtreibung extrem übertrieben dargestellt werden. In der vermeintlich zugewandten, ressourcenorientierten Gesprächsführung steckt die Gefahr der Manipulation: Wenn da zwar noch Ressourcen sind, eine Schwangere diese aber eben nicht für ein (weiteres) Kind aufwenden will, muss sie dann nicht doch ein schlechtes Gewissen haben? So schwierig es ist, zu erkennen, dass es sich hier nicht um eine anerkannte Beratungsstelle handelt, so versteckt sind die Hinweise auf die »Lebensschutz«-Bewegung.

Die Website wirkt neutral und freundlich, man findet hier nicht die oft drastische Rhetorik anderer »Lebensschützer«, die bis hin zur Gleichsetzung von Abtreibungen mit dem Holocaust reicht. Wer mit der Ideologie der Abtreibungsgegner vertraut ist, erkennt hinter Formulierungen wie »Jede Abtreibung bedeutet ebenso einen tiefen Einschnitt in die Psyche und das Leben der Frau« die These des sogenannten Post-Abortion-Syndroms (PAS), mit dem »Lebensschützer« eine von keiner medizinischen Fachgesellschaft anerkannte psychische Schädigung erfunden haben, die angeblich durch Schwangerschaftsabbrüche verursacht wird. Von der anderen Seite betrachtet wird das Phänomen allerdings klarer: Der Verein Pro Femina betreibt die Kampagne »1000plus«, die eine eigene Website unterhält.

Verbindungen zur »Lebensschutz«-Bewegung

Auf dieser werden aus den Verbindungen zu Organisationen der »Lebensschutz«-Bewegung wie der Stiftung »Ja zum Leben« und dem Verein »Die Birke« kein Hehl mehr gemacht. In dem letzten veröffentlichten Rechenschaftsbericht, datierend von 2017 – der auf der Seite von 1000plus und nicht von Pro Femina veröffentlicht ist – positioniert sich der Vorstandsvorsitzende des Vereins, Kristijan Aufiero, klar als Teil der internationalen »Pro Life«-Bewegung und gibt sich stolz, auf dem zweiten internationalen Kongress der europäischen Kampagne »One of us« in Budapest eine »Grundsatzrede« gehalten zu haben.

Das Beratungszentrum am Kurfürstendamm 69 in Berlin ist bereits das dritte nach Heidelberg und München. Nach eigenen Angaben haben die Abtreibungsgegner im vergangenen Jahr 16.204 Frauen und in diesem Jahr bereits 8.287 ungewollt Schwangere beraten – online, telefonisch und vor Ort. Der erwähnte Rechenschaftsbericht verzeichnete den Eingang von Spenden, Erbschaften und Nachlässen in Höhe von 3,5 Millionen Euro im Jahr 2017. Die Berliner Staatssekretärin für Pflege und Gleichstellung, Barbara König (SPD), hatte bereits im April getwittert, dass sie »kritisch draufschauen« werde, was bei der neuen Beratungsstelle passiere. Auf Nachfrage ergänzte sie Ende vergangener Woche,

der Verein sei von Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt worden, da könne eine »weitere Prüfung ansetzen«. Zudem werde das Land Berlin das Thema kritisch in die zuständige Arbeitsgruppe von Bund und Ländern einbringen.

Um die »Lebensschützer« nicht einfach gewähren zu lassen, haben die beiden Bündnisse, die alljährlich gegen den Berliner »Marsch für das Leben« protestieren, das Bündnis »What the fuck!« und das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, gegen die neueröffnete Beratungsstelle für den heutigen Donnerstag um 16 Uhr unter dem Motto »Pro Choice statt Pro Femina« zu einer »feministischen Gehsteigberatung« am Adenauerplatz in Berlin-Charlottenburg aufgerufen.